

Wirtschaftsvereinigung Kunststoff (WVK)
Kaiser-Friedrich-Promenade 43
61348 Bad Homburg

Die Kunststoffindustrie in Deutschland, bestehend aus der Kunststoffherzeugung, der Kunststoffverarbeitung und dem Kunststoffmaschinenbau, erzielte im Jahr 2011 einen Umsatz von über 90 Milliarden Euro. In den rund 7.000 überwiegend mittelständisch strukturierten Unternehmen fanden mehr als 380.000 Menschen einen sicheren Arbeitsplatz mit Zukunft. Mit einem Anteil von rund sechs Prozent an der Industrieproduktion zählt die Kunststoffindustrie zu den bedeutenden Industriesektoren Deutschlands.

Die Kunststoffindustrie ist eine innovative Schlüsselindustrie für die Anwenderindustrien, etwa die Verpackungsindustrie, die Bauwirtschaft, die Fahrzeugindustrie, den Maschinenbau, die Elektro- und Medizintechnik. Die Kunststoffindustrie leistet ihren Beitrag auf jeder Stufe der Wertschöpfungskette und in jeder Phase des Lebenszyklus' der Produkte.

Um Wirtschaftsleistung, Arbeitsplätze und Innovationskraft der Kunststoffindustrie im Industrieland Deutschland auch künftig zu erhalten, sind unterstützende und verlässliche politische und rechtliche Rahmenbedingungen notwendig.

Wachstumsorientierte Industriepolitik muss vorrangig die Wettbewerbsfähigkeit vollständiger Wertschöpfungsketten im Industrieland Deutschland erhalten und stärken. Hierbei werden Ressourcenknappheit, Klimaschutz, die politisch gewünschte Veränderung des Energiemixes und des Verbraucherschutzes berücksichtigt. Gemeinsam fordern wir von den politischen Entscheidungsträgern, den folgenden Themenfeldern besondere Aufmerksamkeit zu widmen:

1. Rohstoffpolitik und Ressourceneffizienz

Kunststoff kann auf Basis von Öl, Erdgas, nachwachsenden Rohstoffen oder Kohle hergestellt werden. Offene Märkte und Offenheit gegenüber neuen Technologien sichern die umfassende Verfügbarkeit dieser Rohstoffe. Die Kunststoffindustrie in Deutschland stellt durch Einsatz der besten verfügbaren Technologien bereits heute einen effizienten Rohstoffeinsatz sicher. Eine staatliche Regulierung des Rohstoffeinsatzes würde

Wohlstand und Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit der Kunststoffindustrie in Deutschland gegenüber außereuropäischen Ländern gefährden. Die Kunststoffindustrie lehnt daher Maßnahmen ab, die auf eine absolute Reduzierung des Rohstoffeinsatzes abzielen.

Wir treten dafür ein, die Anstrengungen zur Forschung und Entwicklung von innovativen Technologien zu intensivieren und zu fördern, etwa die Verwendung von Biomasse (grüne Biotechnologie, Bioraffinerie-Konzepte) oder die Gewinnung von Schiefergas aus heimischen Rohstoffquellen.

Viele Produkte aus Kunststoff ermöglichen es, ein Vielfaches dessen an Energie und Ressourcen zu sparen, was zu ihrer Herstellung und Verarbeitung benötigt wird. So helfen zum Beispiel moderne Kunststoffverpackungen, den Lebensmittelverderb durch verlängerte Haltbarkeit einzuschränken. Die deutsche Kunststoffindustrie setzt zur Erschließung künftiger Effizienzpotenziale auf Dialog und Zusammenarbeit, unter anderem mit Anwenderindustrien, Wissenschaft und Gewerkschaften.

WVK-Position: Für die umfassende Verfügbarkeit von Rohstoffen sollte technologieoffen geforscht und F&E gefördert werden. Grundsätzlich soll eine marktorientierte Ressourcenpolitik angestrebt werden. Die Rohstoffbasis muss flexibel genutzt werden können. Maßnahmen zur absoluten Reduzierung des Rohstoffeinsatzes werden abgelehnt.

Die Position der PIRATEN: Den Einsatz von Fracking für die Gewinnung von unkonventionellem Erdgas lehnen wir wegen der damit verbundenen Risiken grundsätzlich ab. Für den Einsatz von endlichen Rohstoffen wie Öl und Gas fordern wir eine konsequente Nutzung in Kreislaufsystemen. Wo immer möglich sollen endliche Ressourcen durch regenerative Ressourcen ersetzt werden. In

der Erzeugung von Synthesegas ("Windgas") sehen wir einen vielversprechenden Weg zur Energiespeicherung und Rohstoffversorgung.

Die Versorgung der Wirtschaft mit den notwendigen Ressourcen ist uns wichtig, dabei muss aber grundsätzlich der Aspekt der Nachhaltigkeit beachtet werden.

Eine pauschale Beschränkung des Rohstoffeinsatzes sehen wir nicht als zielführend, dafür sind die Anforderungen unterschiedlicher Produkte zu verschieden um mit solchen Regelungen einen positiven Effekt zu erzielen.

Forschung, insbesondere zur Verbesserung der Umweltverträglichkeit von Produkten und damit indirekt der Lebensbedingungen für alle, betrachten wir als sehr wichtig.

2. Klima- und Energiepolitik

Kunststoffprodukte, etwa Leichtbau-Komponenten für die Fahrzeugindustrie, Elemente von Photovoltaik- und Windenergieanlagen sowie Gebäudedämmstoffe, tragen zum Gelingen der Energiewende und zur Minderung von CO₂-Emissionen bei. Eine sichere Energieversorgung für Industrieunternehmen zu wettbewerbsfähigen Kosten stellt einen wichtigen Standortfaktor für das Industrieland Deutschland dar. Die Belastung der großen Mehrzahl der Industrieunternehmen mit Kosten für den Ausbau erneuerbarer Energien hat ein dauerhaft nicht mehr vertretbares Niveau erreicht. Diese außerordentliche Kostenbelastung führt zu einer Wettbewerbsverzerrung im Binnenmarkt und droht ohne Gegenmaßnahmen weiter drastisch zu steigen. Um die Akzeptanz für die Energiewende zu erhalten, ist eine zuverlässige Begrenzung der Kostenbelastung der Industrie unabwiesbar notwendig. Die Unternehmen brauchen langfristig Planungssicherheit. Die Kunststoffindustrie fordert daher einen verlässlichen und fairen Rahmen für die Finanzierung der Kosten der Energiewende. Marktwirtschaftliche Instrumente müssen bei der Umsetzung der Energiewende Vorrang haben. Diesem Grundsatz soll bei der erforderlichen Entwicklung eines zukunftsfähigen, kosteneffizienten Strommarktdesigns Rechnung getragen werden.

Die Kunststoffindustrie appelliert an politische Entscheidungsträger, die energiewirtschaftlichen Konzepte und Maßnahmen der Europäischen Union, des Bundes und der Länder miteinander in Übereinstimmung zu bringen. Damit die ambitionierten Ziele der Energiewende erreicht werden können, muss die Politik neben anderen Maßnahmen die energetische Sanierung von Gebäuden mittels steuerlicher Anreize forcieren und Verbraucher und Bauherren weiter gezielt informieren.

WVK-Position: Kunststoff ist der Werkstoff der Energieeffizienz und unverzichtbar zur Umsetzung der Energiewende. Die Förderung der energetischen Sanierung von Gebäuden muss fortgesetzt und durch steuerliche Anreize weiter forciert werden. Maßnahmen für Ziele des Klimaschutzes und der Energiepolitik dürfen die Kunststoffindustrie in Deutschland im internationalen Wettbewerb nicht benachteiligen. Den Unternehmen dürfen keine weiteren Kosten aufgebürdet werden.

Die Position der PIRATEN: Grundsätzlich sind wir da mit Ihnen einer Meinung, allerdings nicht bei der Analyse der Ursachen für den Strompreis. Die Kosten und Gewinne in der deutschen Energiewirtschaft werden massiv ungleichmäßig verteilt zum Nachteil der privaten Verbraucher und des Mittelstandes. Dabei tragen die Kosten der Energiewende nur einen sehr kleinen Anteil, der hauptsächlich Anteil entsteht durch Umverteilung von Kosten von den wenigen Großverbrauchern zu allen anderen, sowie gestiegene Gewinne bei den Erzeugern und Netzbetreibern.

Tatsächlich sind die Stromerzeugungskosten durch den Ausbau der Erneuerbaren gesunken, nur wird dieser Kostenvorteil an die privaten und wenig energieintensiven gewerblichen Verbraucher nicht weitergegeben. Das ist eine Fehlentwicklung, die wir dringend korrigieren wollen. Die Kosten und die Vorteile der Energiewende müssen solidarisch getragen und geerntet werden.

Energetische Sanierung von Gebäuden ist ein wichtiger Aspekt für den Gesamtenergiebedarf. Allerdings darf hier nicht nach der Gießkannenmethode vorgegangen werden. Nicht alle Gebäude eignen sich von ihrer Substanz für eine Wärmedämmung und Wärmedämmung ist nicht die einzige Maßnahme, die zu einer Reduzierung des Energiebedarfs führt. Auch der tatsächliche Nettoeffekt von Dämmungsmaßnahmen muss immer berücksichtigt werden.

3. Umwelt- und Verbraucherschutz

Die Kunststoffindustrie nimmt ihre Produktverantwortung sehr ernst. Die Verwertung gebrauchter Kunststoffprodukte ist etabliert. Von den im Jahr 2011 angefallenen 5,45 Millionen Tonnen Kunststoffabfällen wurden 99% stofflich und energetisch verwertet. Deutschland zählt damit zur Spitzengruppe der Europäischen Staaten in der Verwertung von Kunststoffabfällen. Der bewährte Verwertungsmix muss erhalten bleiben. Die Kunststoffindustrie steht Überlegungen, im Interesse einer nachhaltigen Ressourcennutzung neben Verpackungen auch weitere Wertstoffe aus Abfällen von Privathaushalten in das bestehende Sammel- und Verwertungssystem einzubeziehen, grundsätzlich positiv gegenüber. Dabei ist sicherzustellen, dass diese Ströme möglichst vollständig einer Sortierung bzw. Aufbereitung nach heutigen bestverfügbaren Standards zugeführt werden, um marktgerechte Qualitäten für die Produkte sowohl aus dem Recycling als auch der energetischen Verwertung zu erzeugen. Hierfür ist ein funktionierender Wettbewerb von kommunalen wie privaten Dienstleistern bei der Entsorgung von Altprodukten wesentliche Voraussetzung. Die bisher erreichten ökologischen und wirtschaftlichen Erfolge der hohen Sortier- und Verwertungsleistungen von Kunststoffverpackungsabfällen im Rahmen eines privatwirtschaftlichen Systems dürfen bei der geplanten bundesweiten Einführung einer Wertstofftonne nicht gefährdet werden.

Die Erhebung von Abgaben lehnt die Kunststoffindustrie ab; sie würde sowohl zu ineffizienten Strukturen und damit zu höheren Entsorgungskosten als auch zu einem Verlust an Innovation für die Optimierung der Verwertung führen. Vielmehr sollten sich die Wertstoffeffassung, Aufbereitung und Verwertung an den Kriterien der Ressourcen- und Kosteneffizienz sowie der Akzeptanz beim Bürger und der einfachen Organisation orientieren und transparent und rechtssicher sein.

Die Kunststoffindustrie setzt sich für Verbraucherschutz und höchste Produktsicherheit ein. Ein langfristig stabiles und EU-weit einheitliches Chemikalienrecht ist notwendig, um den Unternehmen eine erfolgreiche Umsetzung der neuen Vorschriften zu ermöglichen. Änderungen oder Verschärfungen der REACH-Verordnung sowie ein mit großen Unsicherheiten verbundenes, erneutes Gesetzgebungsverfahren lehnt die Kunststoffindustrie in Deutschland ab. Ein risikobasierter Ansatz mit unabhängiger, faktenbasierter Risikobewertung und darauf aufbauendes politisches Risikomanagement sollte im Zentrum der Regulierung von Chemikalien in Kunststoffen stehen.

Ein bloßes Abstellen auf die Gefährlichkeit eines Stoffes oder eine einseitige Auslegung des Vorsorgeprinzips sind weder sachgerecht, noch tragen sie zu einer ausgewogenen und sachorientierten Diskussionsbasis oder mehr Verbrauchersicherheit bei.

WVK-Position: Kunststoffabfälle sind Rohstoffe und gehören nicht auf die Deponie, wie das in Deutschland vorbildlich umgesetzte Praxis ist. Die dafür notwendigen Entsorgungsstrukturen sind installiert und etabliert. Wertstoffeffassung, Aufbereitung und Verwertung sollten sich an den Prinzipien der Akzeptanz beim Bürger, der Ressourcen- und Kosteneffizienz sowie der einfachen Organisation orientieren sowie transparent und rechtssicher sein. Die Kunststoffindustrie nimmt ihre Produktverantwortung ernst und bringt hohe Verbrauchersicherheit mit tragbaren Kosten in Einklang. Ein risikoorientierter Ansatz mit faktenbasierter Bewertung und auf dieser Grundlage

getroffene politische Entscheidungen sollten im Zentrum eines EU-weit einheitlichen Stoffrechtes auch für Chemikalien in Kunststoffherzeugnissen stehen.

Die Position der PIRATEN: Grundsätzlich sind wir dafür, die stoffliche Verwertung der thermischen vorzuziehen, sofern dies in der Gesamtbetrachtung Sinn macht. Deponierung von Rohstoffen halten wir für unverantwortlich. Insbesondere bei Materialien, die aus endlichen Rohstoffen hergestellt werden, sehen wir eine thermische Verwertung als den falschen Weg. Bei regenerativen Rohstoffen ist der Verwertungsweg mit der besten Effizienz zu verwenden.

Die Schaffung von monopolistischen, intransparenten Strukturen lehnen wir grundsätzlich ab. In der Abfallwirtschaft sind leider solche Strukturen weit verbreitet. Eine Reduzierung der Recyclingqualität oder -quote ist nicht akzeptabel.

Die REACH Richtlinie und die daraus resultierenden Einstufungen von Stoffen als SVHC bedürfen offensichtlich einer Überarbeitung. Rechtliche Unsicherheiten, wie die schwammige Definition, ab wann ein Kunststoff als Erzeugnis und nicht mehr als Stoff angesehen wird, stellen ein vermeidbares und nicht akzeptables Risiko insbesondere für KMUs dar. Vom RAC vorgenommene Einstufungen basieren nicht unbedingt auf Fakten, wie an den mehrfachen Versuchen GaAs als SVHC einzustufen zu sehen war. Eine ideologisch basierte Stoffpolitik ist völlig inakzeptabel. Tatsächliche Gefährdung und mengenmäßige Relevanz müssen in der Beurteilung Berücksichtigung finden.

4. Bildung, Forschung und Innovation

Das duale Ausbildungssystem muss kontinuierlich weiterentwickelt werden, um veränderten Rahmenbedingungen gerecht zu werden. Die Ausbildungsreife muss konsequent gefördert werden. Vereinheitlichung bildungspolitischer Länderregelungen und die Einführung von Fachklassen für die Ausbildung, gegebenenfalls auch über Ländergrenzen hinaus, ist notwendig. „Einstiegssemester“ an den Hochschulen für Absolventen aus der Praxis müssen vermehrt eingerichtet und Aus- und Weiterbildungsbedingungen für Berufsschullehrer verbessert werden. Die Berufsausbildung muss auch in Zukunft für Abiturienten attraktiv bleiben.

In der Hochschulbildung darf die Bachelor-Ausbildung von weiterführenden Master-Studiengängen nicht durch „Übergangsquoten“ abgekoppelt werden. Zur Sicherung des Hochschullehrernachwuchses muss für hochqualifizierte promovierte Nachwuchswissenschaftler, die den Hochschullehrerberuf anstreben, ein ausreichendes Angebot angemessen ausgestatteter Qualifizierungswege in der Wissenschaft sicher gestellt sein.

Kunststoffe sind Innovationstreiber. Sie erschließen Potenziale nachhaltigen Wachstums für Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt, besonders in den Bereichen Energieeffizienz, Klimaschutz und Ressourcenschonung. Zur Stärkung der Forschungslandschaft in Deutschland müssen Unternehmen, Forschungsinstitute und Hochschulen in Zukunft noch stärker zusammenarbeiten, beispielsweise durch Kooperationen in Wertschöpfungsketten. Innovationsnetzwerke, die Forschung und Wissenschaft sowie Konstrukteure der Kunststoff- und der Anwenderindustrien zusammen bringen, sollten stärker gefördert werden. Staatliche Forschungsförderung soll sich auf die Förderung vorwettbewerblicher Forschung konzentrieren.

WVK-Position: Kunststoffe treiben Innovation und erschließen Potenziale für nachhaltiges Wachstum. Innovation entsteht zuerst in den Köpfen. Deshalb muss der Hochschullehrernachwuchs gesichert werden. Die Bachelor-Ausbildung darf von weiterführenden Master-Studiengängen nicht durch „Übergangsquoten“ abgekoppelt werden. Das qualitativ hochwertige Ausbildungssystem

muss erhalten und kontinuierlich weiterentwickelt werden, um veränderten Rahmenbedingungen gerecht zu werden.

Die Position der PIRATEN: Bildung sehen wir als hohes Gut und Grundrecht an. Die Tendenz, unsere Schulen kaputt zu sparen, halten wir für völlig fehlgeleitet. Da Bildung der Grundstock für unsere Wirtschaft und Zukunft ist, möchten wir in diesem Bereich die Investitionen deutlich erhöhen und das Schulsystem auf allen Ebenen durchlässiger machen, um möglichst vielen Menschen eine bestmögliche Bildung und Ausbildung zu ermöglichen.

Prinzipiell sehen wir allerdings die im Bologna-Prozess festgelegte Ausbildungsreform im universitären Bereich als Irrweg.